

KONJUNKTURREPORT

21. Jg., Ausgabe 4, Dezember 2021

Wirtschaft weiterhin im Griff der Pandemie

Im Sommer verlor die **weltwirtschaftliche** Erholung an Schwung. Im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft bremsten die Lieferprobleme die Dynamik. Mancherorts kamen Engpässe bei der Verfügbarkeit von Arbeitskräften hinzu, etwa im Vereinigten Königreich. In den USA verringerten sich die fiskalischen Impulse, da manche Transferzahlungen ausliefen. Dies könnte aber dazu beitragen, die Erwerbsbeteiligung zu stärken, die nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau liegt. In China trugen Probleme am Immobilienmarkt zu einer deutlichen Konjunkturabkühlung bei. Zudem gab es zeitweise Engpässe in der Energieversorgung, und auf neue Virusausbrüche wurde mit teils drastischen Eindämmungsmaßnahmen reagiert. Zuletzt beeinträchtigte auch in Europa die starke Ausbreitung der Delta-Variante des Corona-Virus die Aktivität in den konsumnahen Wirtschaftsbereichen. Ende November wurde im südlichen Afrika eine neue Virus-Variante entdeckt, die noch gefährlicher sein könnte. Auch die hohe Inflation belastet die Weltwirtschaft immer mehr. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird geschmälert, und in einigen Ländern haben die Zentralbanken mit einer geldpolitischen Straffung begonnen. Der Welthandel, der seit der zweiten Jahreshälfte 2020 kräftig expandiert hatte, tritt wegen der Lieferengpässe seit Frühjahr 2021 auf der Stelle. Dies trifft auch auf die globale Industrieproduktion zu. Besonders betroffen ist die Automobilindustrie.

In den **USA** ging das Wachstum des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % im zweiten auf 0,5 % im dritten Quartal zurück, im **Vereinigten Königreich** verringerte sich die Expansion von 5,5 % auf 1,3 %. In **Japan** ging die Wirtschaftsleistung kräftig um 0,8 % zurück, nach einem Wachstum von 0,4 % im zweiten Quartal. Dämpfend wirkten vor allem einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung einer neuen Welle von Corona-Neuinfektionen. Zudem machten sich die Lieferprobleme bei Halbleitern und anderen Zwischenprodukten bemerkbar. In **China** nahm das saisonbereinigte BIP im Sommer nur noch um 0,2 % zu, nach 1,2 % im Vorquartal. Gleichwohl bleibt China mit einem erwarteten Jahres-Wachstum von über 8 % der Motor der Weltwirtschaft.

In der **EU27** und im **Euroraum** stieg das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal um 2,1 % bzw. 2,2 %, womit das Wachstumstempo aus dem zweiten Quartal gehalten wurde. Damit war die Wirtschaftsleistung nur noch um 0,2 % (EU27) bzw. 0,5 % (Euroraum) niedriger als vor Ausbruch der Pandemie. Besonders groß war der Rückstand noch mit 6,5 % in Spanien, während etwa in Österreich, Frankreich, Belgien und vielen mittel- und osteuropäischen Ländern das Vorkrisenniveau überschritten wurde.

In **Österreich** stieg das BIP ersten Schätzungen zufolge im dritten Quartal um 3,8 %, nach 4,2 % im zweiten Quartal. Infolge der weitgehenden Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie nahm der private Konsum kräftig zu. Hingegen bremsten die Lieferengpässe die Exporte und die Investitionen. Aus demselben Grund sank auch die Wertschöpfung in der Bauwirtschaft, und im Verarbeitenden Gewerbe blieb die Expansion verhalten. Dagegen profitierten die konsumnahen Dienstleistungen von der Aufhebung der Beschränkungen. Der neue allgemeine Lockdown, der am 22.11. in Kraft trat, sowie die bereits zuvor eingeführten Beschränkungen für Ungeimpfte, freiwillige Verhaltensanpassungen wegen der hohen Infektionszahlen sowie die von Deutschland neuerlich verhängte Reisewarnung für Österreich dürften die wirtschaftliche Aktivität im Winter spürbar beeinträchtigen, ebenso wie die Lieferprobleme.

Für die Bundesländer stehen Daten zum Bruttoregionalprodukt nur bis einschließlich 2019 zur Verfügung. Monatliche Indikatoren für den produzierenden Bereich sind bis September 2021 verfügbar. In der Warenherstellung stieg der Produktionsindex in **Kärnten** im Durchschnitt der ersten neun Monate 2021 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 23 % (Österreich: 12,5 %). Die Bauproduktion war in Kärnten um 12 % höher als in den ersten neuen Monaten 2020 (Österreich: 11,1 %). In Kärnten stieg die Produktion im Hochbau um 11,7 % und im Tiefbau um 14,1 % (Österreich: Hochbau 10,5 %, Tiefbau 14,3 %). Über den Sommer hat sich das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft spürbar abgeschwächt. Im September stagnierte die Produktion bzw. war in manchen Bereichen bereits rückläufig. Hier machen sich die Materialengpässe bemerkbar.

Klaus Weyerstraß

Bevölkerungsprognose Österreichs nach Bundesländern

2020, 2040 und 2080

	2020	2040	2080
Burgenland	295.098	315.853	334.198
Kärnten	561.647	550.565	524.774
Niederösterreich	1.687.651	1.820.727	1.972.658
Oberösterreich	1.493.377	1.591.074	1.669.822
Salzburg	559.543	582.275	597.111
Steiermark	1.247.030	1.280.361	1.287.027
Tirol	758.901	806.380	834.631
Vorarlberg	398.443	422.370	437.090
Wien	1.915.155	2.100.338	2.280.321
Österreich gesamt	8.916.845	9.469.943	9.937.632

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Prognose der Erwerbspersonen nach Bundesländern

2020, 2040 und 2080

	2020	2040	2080
Burgenland	144.644	141.774	142.515
Kärnten	276.524	249.229	229.859
Niederösterreich	864.707	867.799	881.959
Oberösterreich	782.301	773.895	768.508
Salzburg	294.278	286.069	279.044
Steiermark	635.588	607.096	586.334
Tirol	396.229	392.394	385.979
Vorarlberg	207.529	204.850	200.161
Wien	980.732	1.055.767	1.094.777
Österreich gesamt	4.582.532	4.578.873	4.569.136

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Veränderung der Bevölkerung nach Bundesländern

2020-2040 und 2020-2080, in %

	2020-2040 %	2020-2080 %
Burgenland	7,0	13,2
Kärnten	-2,0	-6,6
Niederösterreich	7,9	16,9
Oberösterreich	6,5	11,8
Salzburg	4,1	6,7
Steiermark	2,7	3,2
Tirol	6,3	10,0
Vorarlberg	6,0	7,9
Wien	9,7	19,1
Österreich gesamt	6,2	11,4

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Veränderung der Erwerbspersonen nach Bundesländern

2020-2040 und 2020-2080, in %

	2020-2040 %	2020-2080 %
Burgenland	-2,0	-1,5
Kärnten	-9,9	-16,9
Niederösterreich	0,4	2,0
Oberösterreich	-1,1	-1,8
Salzburg	-2,8	-5,2
Steiermark	-4,5	-7,7
Tirol	-1,0	-2,6
Vorarlberg	-1,3	-3,6
Wien	7,7	11,6
Österreich gesamt	-0,1	-0,3

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Bevölkerungsprognose Österreichs nach Alter

2020 bis 2080

	Unter 20 Jahre	20 bis unter 65 J.	65 und mehr J.
2020	1.718.997	5.490.075	1.707.773
2025	1.755.015	5.467.928	1.890.955
2030	1.780.327	5.327.331	2.142.957
2040	1.777.327	5.195.355	2.497.261
2050	1.780.212	5.183.265	2.662.145
2060	1.814.028	5.115.772	2.773.519
2070	1.835.394	5.134.260	2.838.686
2080	1.845.519	5.173.829	2.918.284

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Erwerbspersonen in Österreich nach Alter

1971 bis 2080, in Tausend

	15 - 34 Jahre	35 - 54 Jahre	55 und mehr Jahre
1971	1.493,4	1.235,5	404,3
1991	1.863,7	1.615,2	205,3
2001	1.666,2	2.052,9	267,7
2011	1.535,7	2.252,0	484,1
2020	1.537,7	2.216,9	791,9
2040	1.447,9	2.223,4	907,6
2060	1.456,7	2.151,0	909,4
2080	1.483,6	2.162,3	923,3

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Bevölkerungsprognose Österreichs nach Alter

2020 bis 2080, Anteile in %

	Unter 20 Jahre	20 bis unter 65 J.	65 und mehr J.
2020	19,3	61,6	19,2
2025	19,3	60,0	20,7
2030	19,2	57,6	23,2
2040	18,8	54,9	26,4
2050	18,5	53,8	27,7
2060	18,7	52,7	28,6
2070	18,7	52,3	28,9
2080	18,6	52,1	29,4

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Erwerbspersonen in Österreich nach Alter

1971 bis 2080, Anteile in %

	15 - 34 Jahre	35 - 54 Jahre	55 und mehr Jahre
1971	47,7	39,4	12,9
1991	50,6	43,8	5,6
2001	41,8	51,5	6,7
2011	35,9	52,7	11,3
2020	34,3	48,4	17,3
2040	31,6	48,6	19,8
2060	32,2	47,6	20,1
2080	32,5	47,3	20,2

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS.

Kommentar: Mythos Schlanker Staat

Coronapandemie, Klima- und demografischer Wandel bewirken in vielen Ländern eine massive Ausweitung des öffentlichen Sektors, gemessen am Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Feiert „big government“ seinen endgültigen Triumph über „small government“ und entfesselten Kapitalismus, so wie sie in den 1980er Jahren von Ronald Reagan und Margaret Thatcher propagiert wurden? Diese Ära war ohnehin ein Mythos, der sich empirisch auch Jahrzehnte danach kaum belegen lässt. So ist in den sechs Jahrzehnten des Bestehens der OECD für den Club als Ganzes der Staatsanteil konsistent gewachsen. Selbst die Förderung marktwirtschaftlicher Prinzipien konnte den Leviathan Staat nicht in den Meerestiefen halten.

Der Wohlfahrtsstaat nimmt ständig zu. Die Vereinigten Staaten sind gerade dabei 1,8 Billionen Dollar in das Sozialsystem zu stecken; Europa hat Coronahilfen im Ausmaß von 750 Mrd. Euro für einen „Wiederaufbau“ beschlossen, und Japan mit seiner stattlichen Schuldenquote von rund 250 % des BIP verspricht einen „Neuen Kapitalismus“ mit einer noch größeren Rolle des Staates. Zahlreiche Länder dürften diesem Trend folgen. In vier Fünftel der Weltwirtschaft gelten net-zero Emissionsziele und auch der demografische Wandel wird die Staatsausgaben weiter in die Höhe treiben.

So hält der erstmals erstellte Nachhaltigkeitsbericht des österreichischen Fiskalrats nüchtern fest, dass die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen - und damit die Erfüllung wirtschaftspolitischer Ziele - aufgrund des Anstiegs der demografieabhängigen Ausgaben über die nächsten fünf Jahrzehnte nicht gesichert ist. Diese bestimmen die Entwicklung des Primärsaldos und dürften um 5,8 Prozentpunkte des BIP zunehmen. Damit kann auch die Stabilisierung der Schuldenquote nicht gesichert werden. Selbst eine starke Erhöhung des Produktivitätswachstums reicht nicht aus, um die Nachhaltigkeitslücke zu schließen. Ohne Reformen müsste Österreich die Steuereinnahmen um mehr als zehn Prozentpunkte des BIP erhöhen, um bei unveränderten Sozialleistungen die Verschuldung auf dem aktuellen Niveau zu halten.

Zentralbanken gehören auch zu „big government“. Regierungen können ihre Schulden nicht beliebig erhöhen, wenn Zentralbanken dabei nicht mitspielen und die Zinsen niedrig halten. Der Vollständigkeit halber muss jedoch auch angeführt werden, dass die „Koste es, was es wolle“-Mentalität der Fiskalpolitik die Unabhängigkeit der EZB untergrub. In den Vereinigten Staaten dürften im vergangenen Jahr die kombinierten finanz- und geldpolitischen Stimuli

28 % des BIP ausgemacht haben, im Durchschnitt der entwickelten Länder dürfte dieser Anteil sogar bei 40 % gelegen haben.

Gerade die Coronapandemie zeigt, dass „big government“ mit massivem Staatsversagen verbunden ist. In den Vereinigten Staaten verhinderten die Gesundheitsbehörden lange das Entwickeln von Virustests durch private Labore. In diesem Jahr wurden erst im Oktober Schnelltests zugelassen, obwohl diese bereits vor dem Sommer verfügbar waren. In Europa war die Auslieferung von Impfstoffen zu langsam und die Verteilung von medizinischem Gerät, Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln Gegenstand von hochgradigem Protektionismus - geradezu ein Lehrbuchbeispiel für Staatsversagen in Folge eines unsinnigen Föderalismus auf allen Ebenen, EU inklusive. Die Diskussion um die Einführung einer Impfpflicht kann wohl nur als das ultimative Eingestehen eines Staatsversagens gedeutet werden.

Ein wichtiger Grund für die Zunahme des Staatsanteils liegt aber auch in der „Kostkrankheit“ des öffentlichen Sektors. Kosten für (öffentliche) Dienstleistungen steigen wegen ihrer höheren Personalintensität tendenziell schneller als jene für industriell gefertigte Produkte. Das spricht nicht per se für eine Privatisierung dieser Aktivitäten, es zeigt jedoch die Notwendigkeit von Produktivitätssteigerungen, die gerade mittels Digitalisierung erzielt werden können.

Von den OECD-Staaten ist es lediglich Schweden und Neuseeland gelungen, den Staatsanteil wieder zu senken, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass eine aufgeblähte Verwaltung verzerrte Anreize mit sich bringt und Korruption fördert. Einflussreiche Lobbys profitieren auf Kosten der Allgemeinheit. Gelernten Österreichern dürfte das bekannt vorkommen.

Argumente für einen schlankeren öffentlichen Sektor sollen sich auf die Art und Weise von Staatseingriffen beziehen, nicht jedoch, ob der Kampf gegen die Coronapandemie und den Klimawandel und Maßnahmen angesichts des demografischen Wandels notwendig sind. Dabei sollten marktwirtschaftliche Prinzipien und individuelle Wahlmöglichkeit betont und öffentliche Investitionen kritisch hinterfragt werden. Ein plumper Brutalo-Kenyesianismus, der regelmäßig zur Rechtfertigung von fragwürdigen Projekten verwendet wird, hat dabei nichts verloren, ebenso eine immer stärker um sich greifende Verbotsmentalität.

Vor allem die jüngere Generation sorgt sich um Nachhaltigkeit in Bezug auf den Klimawandel: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ Die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sowie Aufgaben und Ziele des Staates sollten sie – wie uns alle – genauso interessieren.

Norbert Wohlgemuth

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Reales BIP Wachstumsprognose 2022 und 2023, %

	2022	2023
Vereinigte Staaten	3,7	2,4
Vereinigtes Königreich	4,7	2,1
Japan	3,4	1,1
Euroraum	4,3	2,5
Deutschland	4,1	2,4
Frankreich	4,2	2,1
Italien	4,6	2,6
Russland	2,7	1,3
Österreich	4,6	2,5
Welt	4,5	3,2

Quelle: OECD Economic Outlook Volume 2021 Issue 2;
eigene Darstellung KIHS

Inflationsprognose 2022 und 2023, %

	2022	2023
Vereinigte Staaten	4,4	2,5
Vereinigtes Königreich	4,4	2,4
Japan	0,8	0,8
Euroraum	2,7	1,8
Deutschland	2,8	2,2
Frankreich	2,3	1,4
Italien	2,2	1,6
Russland	5,9	4,4
Türkei	23,9	21,7
Österreich	3,0	2,3

Quelle: OECD Economic Outlook Volume 2021 Issue 2;
eigene Darstellung KIHS

Übernachtungen Mai bis Oktober 2021 (vorläufige Daten)

insgesamt in 1.000 und prozentuelle Veränderung

	insgesamt	%
Burgenland	2.137,4	15,7
Kärnten	9.315,0	8,4
Niederösterreich	3.661,6	21,3
Oberösterreich	4.568,5	20,8
Salzburg	11.787,5	22,3
Steiermark	7.413,5	16,1
Tirol	19.812,9	27,4
Vorarlberg	3.861,2	22,2
Wien	3.811,4	105,2
Österreich gesamt	66.369,0	23,3

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Anzahl der Forschung und Entwicklung betreibenden Erhebungseinheiten nach Bundesland

Insgesamt und Hochschulen, 2019

	Insgesamt	Hochsch.
Burgenland	51	4
Kärnten	118	42
Niederösterreich	350	43
Oberösterreich	445	136
Salzburg	166	68
Steiermark	658	291
Tirol	251	139
Vorarlberg	66	5
Wien	1.248	507
Österreich gesamt	3.353	1.235

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Zuwanderer 2018/2020 pro 100.000 Einwohner/innen

Burgenland	9
Kärnten	11
Niederösterreich	10
Oberösterreich	13
Salzburg	19
Steiermark	13
Tirol	19
Vorarlberg	18
Wien	31
Österreich gesamt	17

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Makroökonomische Indikatoren aktuelle Schätzung für 2021

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbalance (% BIP)
USA	5,5	4,4	4,6	-3,4	-12,4
China	7,9	1,5	4,9	2,8	-4,9
Japan	2,3	-0,2	2,8	3,0	-8,8
Großbritannien	6,4	2,8	4,3	-3,9	-10,9
Kanada	5,4	3,1	6,7	-2,3	-9,5
Euroraum	5,0	2,3	7,4	3,2	-7,3
Österreich	4,7	2,7	5,2	2,0	-5,8
Frankreich	6,7	2,1	7,7	-1,3	-8,9
Deutschland	2,8	3,0	3,4	7,0	-6,2
Italien	6,3	1,8	9,2	3,9	-9,6
Tschechien	3,0	3,8	2,7	3,2	-8,3
Schweiz	3,5	0,5	2,7	5,3	-3,8
Russland	4,2	6,6	4,3	5,2	-0,7

*aktuellster verfügbarer Monatswert
Quelle: The Economist; 27. November 2021
eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Universitätsstraße 65-67
9020 Klagenfurt
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 3.12.2021